

I N H A L T S A N G A B E

Jan Rawp

DIE GUBENER KERBERGESELLSCHAFT 1689—1806

Bezüglich seiner Musikfreudigkeit nahm der Kreis Guben im ehemaligen Markgraftum Niederlausitz eine Sonderstellung ein. Neben weitbekannten Kirchenmusikzentren, wie dem Gubener Kloster und dem Stift Neuzelle, entwickelte sich seit dem XVI. Jh. in Guben das Stadtpfeiferamt, während den musikalischen Bedürfnissen der sorbischen Landbevölkerung seit je her die sog. Kerber (Volksmusikanten) entsprachen. Die im Spätfeudalismus vielerorts hervortretende soziale Divergenz zwischen städtisch bestellten Musici und „unehrlichen“ Volksmusikanten veranlasste i. J. 1689 die deutschen Volksmusikanten der Stadt Guben sich mit ihren sorbischen Standesgenossen zur sog. Kerbergesellschaft zusammenzuschließen, deren Innungsrechte vom Rat der Stadt für die Ratsdörfer Gubinchen, Mückenberg, Niemaschkleba, Kaltenborn, Reichenbach und halb Atterwasch verbürgt wurden. Die Kerbergesellschaft, deren Innungsleben durch Versammlungen geregelt und seitens gewählter Syndici representiert wurde, schützte ihre Mitglieder durch ein jus prohibendi vor Konkurrenz. Der Wirkungsbereich der Kerbergesellschaft erstreckte sich bis zur Mitte des XVIII. Jh. auf weitere Ortschaften des Kreises. Mit der Germanisation des Kreises Guben, die erst seit dem Ausgang des XVIII. Jh. zügiger voranschritt, wandelte sich das prozentuelle Verhältnis der sorbischen und deutschen Kerber mehr und mehr zugunsten letzterer. Für die Geschichte der sorbischen Volksmusik stellt die Gubener Kerbergesellschaft ein interessantes Kapitel dar, das im Hinblick auf die Zugehörigkeit eines Teiles des ehemaligen Kreises Guben zur VR Polen an weiterer Bedeutung gewinnt.

Marian Orzechowski

DIE KOMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS ANGESICHTS DER NATIONALEN PROBLEMATIK OBERSCHLESIENS IN DEN JAHREN 1922—1933

Die nationale Frage in Deutsch-Oberschlesien, die hier einen ganzen Komplex von verschiedenartigen Problemen bildet (angefangen von der Frage der Staatsangehörigkeit bis zur Unterdrückung der polnischen Bevölkerung), spielte eine überaus wichtige Rolle in der Theorie und der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, die auf dem Gebiet Oberschlesiens die einzige politische Partei der polnischen und deutschen werktätigen Massen war. Gestützt auf den Archivalien und der kommunistischen Presse („Schlesische Arbeiterzeitung“, „Neue Zeitung“, „Głos Pracy“) kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass die kommunistische Partei, viele Fehler überwindend, den werktätigen Massen in Oberschlesien im Grunde den

richtigen Weg der nationalen und gesellschaftlichen Befreiung wies, vor allem durch das Aufstellen der Losung vom Recht der Völker auf Selbstbestimmung und durch das Verbinden dieser Losung mit dem Kampf um die radikale Änderung des bestehenden gesellschaftlich-politischen Systems. Die Kommunistische Partei Deutschlands war in Oberschlesien die einzige politische Partei, die konsequent einen entschiedenen Kampf gegen alle Formen des deutschen Nationalismus und Revisionismus führte, gegen die Gefahr des neuen Krieges, gegen die verschiedenartigen Diskriminierungsäußerungen gegenüber der polnischen Bevölkerung, gegen die brutale Germanisierung und gegen die Beraubung der Polen um ihre elementaren nationalen und bürgerlichen Rechte. Sie führte einen Kampf um die polnische Schule, die polnische Sprache in Verwaltung, Schule und Gerichtswesen, um die vollkommene politische, kulturelle und ökonomische Gleichberechtigung der polnischen Nationalgruppe. Der Kampf war die Grundlage der Popularität der Losungen der KPD unter der polnischen Bevölkerung, was sich u. a. in der nationalen Zusammensetzung der Partei und ihrer Wahlerfolge in den rein polnischen Gebieten des Regierungsbezirks Opole kundtat.

Zbigniew Kwaśny

QUELLENMATERIALEN ZUR GESCHICHTE DER INDUSTRIEBETRIEBE IM KREISE JELENIA GÓRA IN DEN JAHREN 1942—1943

Die besprochenen Quellenmaterialien bestehen vor allem aus Monats- und Jahresberichten verschiedener Industriebetriebe sowie auf deren Grundlage bearbeiteten allgemeinen Sammelberichten. Diese Materialien waren vertraulich.

Im Zusammenhang mit dem Verlegen der Industriebetriebe aus West- und Mitteldeutschland unterlag die Struktur der Industrie im Gebiet von Jelenia Góra einigen Änderungen. Da es vor allem Betriebe der Rüstungsindustrie oder unmittelbar für deren Bedarf produzierende Betriebe waren, vertiefte sich die bisherige Disproportion in der Entwicklung der Schwerindustrie und der Verbrauchsmittel. Einige Schwierigkeiten, auf die die Industrie von Jelenia Góra stieß, hatten einen allgemein deutschen Charakter, mit dem Unterschied jedoch, dass sie im Falle des besprochenen Gebietes eine schärfere Form annahmen. So war es vor allem betreffs der Versorgung der Betriebe mit der notwendigen Zahl von Zwangsarbeitern. In dieser Hinsicht wurde Niederschlesien zweitrangig behandelt. Schon am Anfang des Jahres 1943 erreichte man den kritischen Stand in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten. Sogar vereinzelte Fälle (z. B. Krankheit) drohten mit gewissen Produktionsstörungen, die einen Einfluss auf den Rhythmus der Arbeit in den von ihnen abhängigen Betrieben ausübten. Die Schwierigkeit des Erlangens von Arbeitskräften, vor allem von qualifizierten, hatte u. a. Schulungsbemühungen zur Folge und verursachte, dass die Anstrengungen um das Erhalten und Behalten von Fremdarbeitern immer energischer wurden. Es kam dabei manchmal zu Konflikten zwischen den Interessen einiger Betriebe und der allgemeinen Politik der Nationalsozialisten gegenüber der entsprechenden Kategorie von Fremdarbeitern. Im Jahre 1942 traten schon deutlich Schwierigkeiten in der Versorgung von Betrieben mit einigen Rohstoffen und Materialien auf und in manchen Zeitabschnitten fehlte es an Transportmitteln. Diese Schwierigkeiten wurden vertieft durch die nicht allzu gut arbeitende Verwaltung und wurden trotz des wachsenden Bedarfs das Haupthindernis in der vollen Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten der Betriebe.